

INHALT

1. Antworten der sozialen Marktwirtschaft statt Sozialismus
2. Echte Wahlfreiheit für junge Eltern
3. Demenzplan für Schleswig-Holstein
4. Debatte um Bibliothekengesetz
5. Neuausrichtung der Krankenhausfinanzierung
6. Girls' Day 2012

26.04.2012

Antworten der sozialen Marktwirtschaft statt Sozialismus
CDU steht zu verbindlichen Lohnuntergrenzen und gegen politisch festgelegte Mindestlöhne



CDU Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich in der heutigen Landtagsdebatte über gesetzliche Mindestlöhne klar zu Antworten der sozialen Marktwirtschaft bekannt. Das Thema gewann besondere Brisanz, weil gestern eine CDU-interne Arbeitsgruppe ihre Vorstellung zur Ausgestaltung vorgelegt hatte.

„Eine gerechte Entlohnung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist und bleibt ein Markenkern der Sozialen Marktwirtschaft, die diese Republik und unser Schleswig-Holstein stark gemacht haben. Dumpinglöhne lehnt die CDU ab“, erklärte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen in seiner Rede.

Dank einer wirtschaftsfreundlichen Politik in Schleswig-Holstein habe sich die Arbeitslosigkeit,

seit dem Regierungsantritt der CDU, auf rund 100.000 fast halbiert. „Nicht auszudenken, wo unser Land heute stehen würde, hätte die SPD ihre Mindestlohnträumereien in die Tat umsetzen können“, so Callsen.

Die Opposition setze Fairness auf dem Arbeitsmarkt gleich mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. „Ist es fair, wenn ungelernete Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz in strukturschwächeren Regionen verlieren, weil der Mindestlohn für diese Region zu hoch angesetzt wurde? Ist es fair, wenn Arbeitnehmer ihre Arbeit verlieren, weil ein zu hoher politischer Mindestlohn die Unternehmen zu Rationalisierungen zwingt?“, fragte Callsen.

Deshalb fordere die CDU branchen- und regionenspezifische Lohnuntergrenzen, die durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt werden und sich an den für allgemein verbindlich erklärten, tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren sollen.

Callsen begrüßte die gestern von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgestellten Eckpunkte zur Festlegung einer allgemein verbindlichen Lohnuntergrenze.

„Es ist richtig, dass wir Antworten finden. Wir brauchen aber keine Antworten des Sozialismus, sondern Antworten der sozialen Marktwirtschaft. Deshalb müssen wir darüber hinaus die Flexibilisierung der Arbeitsmarktinstrumente und die Passgenauigkeit der Angebote weiter voranzutreiben“, betonte Callsen mit Bezug auf den ergänzenden Antrag der Koalition, die soziale Ausrichtung der Arbeitsmarktförderung zu sichern.

Den Antrag zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente finden Sie unter:
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1800/drucksache-17-1833.pdf>

Den Antrag zu den Lohnuntergrenzen finden Sie unter:
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1900/drucksache-17-1977.pdf>

Echte Wahlfreiheit für junge Eltern **Oppositionskampagne gegen Betreuungsgeld**



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

In einer Pressekonferenz am Beginn der Woche hatte der SPD-Bundesvorstand mit seinem Kampagnenstart zum „Angriff auf das Betreuungsgeld geblasen“, wie die Kieler Nachrichten ihren Artikel überschrieben.

Entsprechend hatten SPD, Grüne, Linke und der SSW in einem gemeinsamen Antrag gefordert, das Betreuungsgeld zu stoppen.

Für Sie gibt es nur eine richtige Entscheidung für die jungen Eltern: „Kind in die Krippe und auf zur Arbeit!“, sagte dazu die familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Katja Rathje-Hoffmann.

Dabei wünschten sich immer noch die Hälfte der Eltern, in den ersten drei Jahren bei ihren kleinen Kindern zu bleiben. „Wir maßen uns nicht an, das Erziehungsmodell, das die meisten Eltern für sich wählen, zu verunglimpfen oder zu verurteilen. Sie behaupten, dass diese Kinder zu Hause von Bildung ferngehalten werden, das ist ein Affront gegen die Eltern“, so Rathje-Hoffmann. Die Opposition stelle damit alle diese Eltern unter den Generalverdacht, ihre Kinder zu Hause nicht erziehen zu können.

Die CDU stehe für die echte Wahlfreiheit der Eltern und deshalb zum Betreuungsgeld. Rathje-Hoffmann: „jedoch – und das sagen wir offen und ehrlich - möchten wir nicht, dass das zu erwartende Betreuungsgeld in bar an die Erziehenden ausgezahlt wird.“

Es müsse verhindert werden, dass es zu möglichen Fehlanreizen komme. Es wäre ein falsches Signal, wenn Eltern ausschließlich des Geldes wegen zu Hause blieben.

Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag setze sich deshalb dafür ein, dass dieses Betreuungsgeld ausschließlich für die Alterssicherung verwendet werden dürfe. „Das ist ein weiterer Baustein zur Vorbeugung der drohenden Altersarmut, von der gerade Frauen häufiger betroffen sind“, so die Familienpolitikerin.

Abschließend betonte Rathje-Hoffmann, dass die Kommunen in Schleswig-Holstein es aller Voraussicht nach bis zum nächsten Jahr schaffen werden, die festgelegte Versorgungsquote von 35 Prozent für die Betreuung der unter Drei-Jährigen zu gewährleisten. „Diese schwierige Aufgabe wurde gemeinsam von allen Beteiligten gestemmt. Vom Bund, vom Land und von den Kommunen“.

Demenzplan für Schleswig-Holstein

Opposition betreibt Wahlkampf auf dem Rücken der Betroffenen

In seiner heutigen Sitzung debattierte der Schleswig-Holsteinische Landtag über den Demenzplan für Schleswig-Holstein. Die Zahl der an Demenz erkrankten Menschen wird in den kommenden Jahren stark ansteigen. „Ziel der Politik muss es daher sein, schon heute die Rahmenbedingungen für eine gute Pflege im Alter zu sichern“, so die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Ursula Sassen.

Sowohl zur Demenzversorgung als auch zur besseren Anerkennung und besseren Rahmenbedingungen in der Pflege bestehe dringender Handlungsbedarf. Auch wenn auf Bundesebene mit dem Pflege-Neuausrichtungsgesetz noch nicht der ganz große Wurf erfolgt sei, würden die richtigen Weichen gestellt. „Der Pflegebedürftigkeitsbegriff wird neu definiert und berücksichtigt zukünftig auch die Einschränkungen Demenzkranker bei der Alltagskompetenz und der Teilhabe am sozialen Leben“, so Sassen.

Seit dem 1. Januar 2011 werden die landesweiten Aktivitäten in Schleswig-Holstein im Kompetenzzentrum Demenz in Norderstedt gebündelt und die Beratungsangebote koordiniert. Auch das GKV-Versorgungsstrukturgesetz eröffnet dabei neue Möglichkeiten der flächendeckenden medizinischen Versorgung unter Berücksichtigung regionaler

Besonderheiten, von der auch Pflegebedürftige profitieren.

„Die vergangene Debatte zeigt leider, dass die Oppositionsfractionen neue Erkenntnisse und positive Initiativen auf Landes- und Bundesebene gar nicht wahrnehmen wollen! Es geht offensichtlich nur darum, öffentlichkeitswirksam platte Schlagworte zu wiederholen und damit Wahlkampf auf dem Rücken der Betroffenen zu machen“. Nur so sei zu erklären, dass die Opposition noch immer an ihren überholten Anträgen festhalte. „Losgelöst von Wahlkampfgeplänkel müssen wir gemeinsam an den entscheidenden Stellschrauben drehen, um eine für alle Betroffenen bessere Situation in der Pflege zu erreichen!“ forderte Ursula Sassen die Opposition abschleißend auf.



Ursula Sassen, MdL

Debatte um Bibliothekengesetz

Bibliotheken brauchen unsere Aufmerksamkeit

Nachdem die Länder Hessen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine gesetzliche Regelung getroffen und in der Vergangenheit ein Bibliotheksgesetz verabschiedet haben, beriet auch der Schleswig-Holsteinische Landtag heute einen Gesetzesentwurf des SSW für ein Bibliothekengesetz in Schleswig-Holstein.

Nach umfassender Anhörung des zuständigen Ausschusses und Auswertung aller Argumente votierte der Ausschuss, auf Grund einiger Mängel, für eine Ablehnung des Gesetzesentwurfes. Der kulturpolitische Sprecher der CDU Landtagsfraktion, Wilfried Wengler, machte in der Debatte seine die Ansicht der CDU Fraktion deutlich: „Ich möchte auch hier noch einmal betonen, dass ich Befürworter einer gesetzlichen Regelung für die öffentlichen Bibliotheken in Schleswig-Holstein bin. Daher bedauere ich sehr, dass wir in dieser verkürzten Legislaturperiode zu keinem Ergebnis gekommen sind“.

Die Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Landesverbände sehe für alle Kreise neue Pflichtaufgaben, die bei einer Vielzahl von öffentlichen Bibliotheken zu allgemeinen Mehrkosten führten. Weiterhin würden für den Bereich der wissenschaftlichen Bibliotheken Mehrkosten für Personal und durch Investitionen erwartet. Mehrkosten entstünden durch den Förderanspruch von nichtstaatlichen Bibliotheken gegenüber Land, Kreisen und Kommunen. Weiterer Aufwand ergäbe sich aus der Erfüllung umfangreicher Berichts- und Evaluationspflichten. All diese Punkte hätten dazu geführt, dass das Gesetz nicht zustimmungsfähig gewesen sei, so Wengler.

„Ich möchte meiner Hoffnung Ausdruck geben, dass es dem neuen Landtag gelingen möge, Regelungen für die zu erwartenden Probleme unserer Bibliotheken zu finden. Ich glaube, dass wir durch unsere Beratungen zumindest eine Basis legen konnten, auf der weiter gearbeitet werden kann“, so Wengler abschließend zu dem Gesetzentwurf.



Wilfried Wengler, MdL

Neuausrichtung der Krankenhausfinanzierung **Krankenhäuser in Schleswig-Holstein müssen wettbewerbsfähig bleiben**

Auf Antrag der Regierungsfractionen debattierte der Landtag heute über den Bericht der Landesregierung zur Neuausrichtung der Krankenhausfinanzierung in Schleswig-Holstein. Die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU Fraktion, Ursula Sassen, begrüßte dabei die Erfolge der Landesregierung sah aber auch weiteren Handlungsbedarf.

Schleswig-Holstein habe sich demnach im Vergleich zu anderen Bundesländern der Forderung nach Kostenreduzierung durch Abbau von Überkapazitäten an Krankenhausbetten und anderen Einsparungen gestellt, dies habe jedoch auch zu einem niedrigeren Landesbasisfallwert geführt. Ziel der Landesregierung sei es einen bundeseinheitlichen Basisfallwert zu erreichen, um die finanzielle Situation an schleswig-holsteinischen Krankenhäusern zu verbessern.

Eine Neuausrichtung der Krankenhausfinanzierung ist notwendig geworden, da die ehemalige rot-grüne Landesregierung im Jahr 2002 entschieden hatte, die jährlichen Investitionskosten nicht mehr direkt zu fördern, sondern neue Schulden für Einzelprojekte aufzunehmen und lediglich die Zins- und Tilgungsleistungen zu zahlen. Bereits ab dem Jahr 2013 hätte das Land demnach eine höhere Summe (51,2 Millionen Euro) für Tilgung und Zinsen aufbringen müssen als für die tatsächlichen Krankenhausinvestitionen (50 Millionen Euro) vorgesehen war. Bis zum Jahr 2025 wäre die Summe der Zins- und Tilgungsleistungen auf über 80 Millionen Euro angewachsen. „Mit dieser Umstellung wurde der Landeshaushalt einer „kosmetischen Behandlung“ unterzogen, deren Wirkung bei Licht besehen in sich zusammenfiel“, so Ursula Sassen.

„Diese Entwicklung hat schwarz-gelb nun gestoppt. Die Neuausrichtung der Krankenhausfinanzierung ist ein Erfolg dieser Landesregierung“.

Seit dem 1. Januar 2011 würden Neuinvestitionen nicht mehr über neue Schulden finanziert, sondern aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung der

Investitionsbank Schleswig-Holstein geleistet.

„Schleswig-Holsteinische Krankenhäuser müssen konkurrenzfähig bleiben. Mit der Neuausrichtung der Krankenhausfinanzierung ist ein dazu wichtiger Schritt getan“, so Sassen abschließend.

Girls' Day 2012

14 Mädchen zu Gast in der CDU Fraktion

14 Mädchen nahmen die Möglichkeit wahr und blickten am Girls' Day hinter die Kulissen der CDU-Landtagsfraktion. Die Mädchen zwischen 14 und 15 Jahren kamen von sieben unterschiedlichen Schulen aus dem ganzen Land.

„Für die Mädchen war der diesjährige Girls Day ein ganz besonderer Tag“, unterstrich die familienpolitische Sprecherin Katja Rathje-Hoffmann nach dem abschließenden Gespräch. Das zur gleichen Zeit der Schleswig-Holsteinische Landtag tagte ermöglichte den Teilnehmerinnen nicht nur einen Einblick in die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion und einen Blick hinter die Kulissen von Ausschusssitzungen, sondern ermöglichte auch die Abgeordneten am Rednerpult im Plenarsaal erleben zu können.

Die Mädchen nahmen die Abgeordneten in „Kreuzverhör“ zu den aktuellen politischen Themen und ihren Werdegängen: „Wie wird man Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtages? Was muss man dafür tun?“

Hintergrundinformationen durch die Landtagsverwaltung weckten dabei das Interesse, der Besucherinnen sich selbst am politischen Leben in Schleswig-Holstein zu beteiligen und aktiv mitzugestalten. „Ich hoffe, dieser Tag hat den jungen Mädchen gezeigt, wie hart in den Parlamenten gearbeitet wird und das gerade im politischen Alltag mehr kluge und gut ausgebildete Frauen gebraucht werden“, so Katja Rathje-Hoffmann.

Aber das Beste am Tag im Landeshaus war wie jedes Jahr die Fahrt mit einem der letzten Paternoster in Schleswig-Holstein. Darauf freuen sich bestimmt auch schon die Girls im nächsten Jahr.



Teilnehmerinnen des Girls' Day

Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de